



Miltahader Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.30 RM. ...

Nummer 57

Februar 479

Donnerstag den 9. März 1933

Februar 479

68. Jahrgang.

Eingreifen der Reichsregierung in Baden, Württemberg und Sachsen

Berlin, 8. März. Auf Grund der Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat hat der Reichsminister des Innern die polizeilichen Befugnisse in Baden, Württemberg und Sachsen übernommen.

Zu Beauftragten des Reiches sind vom Reichsinnenminister ernannt worden: für Baden badischer Landtagsabgeordneter Wagner, für Württemberg Reichstagsabgeordneter von Jagow, bisher Ehlingen, für Sachsen Reichstagsabgeordneter von Killinger.

Die Pläne des Reichskabinetts

Rundfunkrede des Reichspresschefs

Am Dienstag abend gab der Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Funt, im Deutschen Rundfunk in großen Zügen einen Bericht über die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag nachmittag.

Nach einem Bericht des Reichskanzlers über die durch die Reichstagswahlen vom 5. März geschaffene politische Lage wurde zunächst beschlossen, den Reichstag in der Zeit vom 3. bis 8. April einzuberufen. Da der Reichstag spätestens 30 Tage nach der Neuwahl zusammentreten muß, ist anzunehmen, daß die Reichsregierung den Reichstag spätestens zum 5. April einberufen und dann etwa bis 8. April tagen lassen wird.

In der Kabinettsitzung erklärte der Reichskanzler, daß in der nächsten Zeit eine große Werbe- und Aufklärungstätigkeit von einer neu zu errichtenden Zentralstelle ausgehen solle. Seit längerer Zeit schon wird der Gedanke erörtert, dem Reichswahlleiter der NSDAP, Dr. Götzel, die Aufgabe der Regierungswerbung zu übertragen.

Bedeutend für die Arbeit des Reichstags und damit die weitere politische Entwicklung ist die Ankündigung des Reichskabinetts, daß es dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz zugehen lassen werde, das verfassungsändernde Charakter haben wird. Dieses Gesetz wird also sehr weit und allgemein gefaßt werden. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen der Zweidrittelmehrheit des Reichstags zur Annahme.

Die Gerüchte, die Reichsregierung beabsichtige, den militärischen Ausnahmezustand zu verhängen, treffen nicht zu. Davon ist überhaupt niemals die Rede gewesen. Lediglich die bisherige Hamburger Regierung hat um die Verhängung dieses Ausnahmezustands gebeten. Ihr Wunsch ist aber von der Reichsregierung abgelehnt worden.

Das Reichskabinett wird sich zu seiner nächsten Sitzung am Samstag versammeln. Ende der Woche wird Reichskanzler Hitler noch einmal im Rundfunk sprechen.

Ministerialdirektor Funt führte weiter aus: Nicht nur Deutschland, die ganze Welt steht in diesen Tagen unter dem gewaltigen Eindruck, den der Ausbruch des nationalen Deutschlands hervorgerufen hat. Bis in die letzten Tage der vergangenen Woche hat man im Ausland die wildsten Schreier über die Zustände in Deutschland lesen können. Ja, es ist sogar vor einem Besuch der Leipziger Messe gewarnt worden, da das Leben der Ausländer in Deutschland nicht mehr sicher sei.

Aber über eines darf man dabei nicht im Zweifel sein: Deutschland erlebt in diesen Tagen in der Tat eine Revolution! Eine völlige Revolutionierung des Geistes und des politischen Lebens, die das System der vergangenen vierzehn Jahre zerbricht und einen neuen Staat mit einem neuen Inhalt und neuen Formen entstehen läßt.

Tagespiegel

Reichskanzler Hitler empfing am Mittwoch mittag, wie der „Angriff“ berichtet, den italienischen Botschafter Cerutti, der die persönlichen Glückwünsche Mussolinis zu dem großen Erfolg der NSDAP übermittelte.

Am Mittwoch nachmittag fand eine wichtige Besprechung des Reichskanzlers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Schick statt. Man erwartet den Rücktritt oder die Umbildung der sächsischen Regierung.

Reichskanzler Hitler wird am Samstag, 11. März, in der Zeit von 7.30 bis 8 Uhr über alle deutschen Rundfunksender „zur Lage“ sprechen.

Staatssekretär Bismarck sprach am Mittwoch abend 7.30 Uhr über den Deutschlandsender über die Kommunalwahlen in Preußen.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerke, ist an Nierenentzündung erkrankt. Seine Vertretung hat Ministerialrat Kaps übernommen.

Der neue Hamburger Senat hat zum Ersten Bürgermeister den Senator Kroghmann, zum Zweiten den Senator Dr. Burchard-Mohr gewählt. Zum Staatsrat wurde Georg Ahrend ernannt.

Der preußische Staatsrat hat seine Klage gegen die kommunistische Regierung wegen Auflösung der kommunalen Körperschaften beim Staatsgerichtshof eingereicht.

Auf dem Brandenburger Tor und auf der Siegesallee in Berlin wurde am Mittwoch die schwarz-weiß-rote Fahne aufgezogen. Im Carl-Dieckmann-Haus brachten SA und Stahlhelm die Hakenkreuzfahne und die Reichskriegsflagge an, woran sich eine Flaggenparade schloß.

Auf Schloß Sanssouci in Potsdam wurden am Mittwoch die schwarz-weiß-rote Fahne und die alte Reichskriegsflagge gehißt.

Die Neuwahl des heftischen Staatspräsidenten findet voraussichtlich am Dienstag nächster Woche statt.

Der Polizeidirektor in Dessau, Nüsse, ist wegen einseitiger Begünstigung der Sozialdemokratie des Amtes enthoben worden.

In Lobenstein (Thür.) wurde ein größeres Lager von Sprengstoffen und Waffen entdeckt. Drei Kommunisten wurden verhaftet.

heit der nationalen Front im Reichstag besteht, und indem zweitens die Nationalsozialisten in Süddeutschland einen ganz gewaltigen Sieg errungen haben, indem sie in Bayern, Württemberg und Baden ihre Stimmenzahl zum Teil mehr als verdoppeln konnten.

Neue Nachrichten

Zurückziehung der Preußenklage?

Berlin, 8. März. Der zweite Schriftsatz des Reichs in der verfassungsrechtlichen Streitfrage mit der ehemaligen preußischen Regierung Braun ist laut W.B. jetzt den Prozessbeteiligten zugegangen. Der Schriftsatz weist juristisch nach, daß es als Pflichtverletzung Preußens betrachtet werden müsse, daß sowohl die damalige Landtagsmehrheit, wie auch die damalige Regierung Braun sich gegen die Landtagsauflösung eingesetzt haben.

Von Bedeutung erscheint nunmehr die Frage, ob nach dem Ergebnis der Neuwahlen vom 5. März das neue Streitverfahren in Leipzig überhaupt noch durchgeführt wird. Es ist wahrscheinlich, daß inzwischen eine neue preußische Regierung gebildet wird, die das Recht für sich in Anspruch nimmt, als allein zuständige Repräsentantin des Landes Preußen eine Klage Preußens beim Staatsgerichtshof zurückzuziehen.

Vorgehen gegen die Hersteller kommunistischen Propagandamaterials

Berlin, 8. März. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, werden auf Anordnung des Ministers Göring alle Druckereien und Verlagsunternehmen, die für die kommunistische Partei verbotene Druckschriften liefern oder geliefert haben,

In Frankfurt a. M. haben SA und SS die Büros der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgeräumt und das Material auf der Straße verbrannt.

Der Völkerbundskommissar in Danzig, Roffing, hat beim Völkerbundsrat, der wegen der südamerikanischen Wirren zurzeit in Genf versammelt ist, eine Entscheidung darüber beantragt, ob in der Verstärkung der polnischen „Polizeikräfte“ auf der Westerplatte eine vertragswidrige Handlung vorliege.

Der britische Erstminister Mac Donald und Außenminister Simon werden in Genf mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, und den Führern einiger anderen Abordnungen Besprechungen abhalten, um für ihren Vorschlag des fünfjährigen Rüstungstillstands zu werben, damit die Abrüstungskonferenz wenigstens nicht ohne jedes Ergebnis auseinandergehe.

Am Ostern wird ein außerordentlicher Parteitag der sozialistischen Partei in Frankreich stattfinden, um zu der Spaltung der Kammerfraktion bei der Endabstimmung über das Finanzgesetz Stellung zu nehmen.

Tsaldaris wurde mit der Bildung des griechischen Kabinetts beauftragt.

Die Moskauer Regierung hat die Mitarbeit an dem völkerbündlichen „Konsultationsausschuß“ in Genf, der sich bekanntlich weiter um die Beilegung des japanisch-chinesischen Streits bemühen soll, abgelehnt.

Präsident Roosevelt sagt in einer Botschaft an den Kongress, eine laufende Gesetzgebungsarbeit sei der gegenwärtigen Lage nicht angemessen; er fordere distanzvolle Vollmachten durch ein Ermächtigungsgesetz. Nach Annahme des Gesetzes wird sich der Kongress voraussichtlich vom 11. März bis Mitte April vertagen. Eine staatliche Bürgschaft für Bankeinlagen soll nicht geleistet werden, da die Regierung nicht in die Lage kommen will, die Verluste der auf ungefundener Grundlage arbeitenden Banken zu tragen.

Das japanische Kabinett stimmte in aller Form der Note zu, in der der Austritt Japans aus dem Völkerbund erklärt wird. Die Note muß zunächst dem Kaiser vorgelegt werden.

Der chinesische General Tanggulin, der die Stadt Jehol aufgegeben hat, soll in Heifongtau von Soldaten Tschang-suchiangs ermordet worden sein. Die Japaner haben nach einem Flugzeugbombenangriff auf Peking, die letzte chinesische Stellung in der Provinz Jehol, eingenommen. Die chinesischen Truppen flohen in völliger Auflösung.

rücksichtslos geschlossen. Die Sicherstellung der beschlagnahmten Druckmaschinen, dazu gehören besonders Rotations- und Schnellpressen aus sechs großen Druckereien, erfolgt in der Weise, daß die Räume versiegelt und durch Polizeiposten geschützt werden. Wie das Blatt weiter berichtet, wurden bei der Berliner Speditionsfirma Schenker u. Co. größere Posten kommunistischer Propagandaliteratur, die zum Teil aus dem Ausland kam und nach China gehen sollte, gefunden und sichergestellt. Offenbar war von kommunistischer Seite versucht worden, einen Teil des bei dieser Speditionsfirma lagernden Werbematerials im Ausland in Sicherheit zu bringen.

Zeitungsverbote

Berlin, 8. März. Der Polizeipräsident hat das in Berlin erscheinende „Mittwochblatt“ bis zum 14. März verboten und das Verbot der „Nolen Fahne“, das auf einen Monat ausgesprochen war, um sechs Monate, bis zum 25. August 1933, verlängert.

Der frühere Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heilmannsborg, hat den Vorsitz des Verbands preussischer Polizeibeamter niedergelegt. Den Vorsitz hat Kriminalkommissar Brebeck übernommen.

In Berlin wurde dieser Tage der SA-Mann Kopp meuchlings erschossen. Für Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Die SA in Bernau Reg.-Bez. Potsdam hat die Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds besetzt und geschlossen.

Der bisherige Polizeipräsident in Bremen, Dr. Petri, wurde vom Reichskommissar beurlaubt und durch Theodor Laue ersetzt.

In Hamburg sind sechs weitere Polizeioffiziere beurlaubt worden.

In Lippe wurden alle Versammlungen und Umzüge, auch nichtpolitischer Art, verboten.

In Düsseldorf wurde wieder der Versuch gemacht, einen Nationalsozialisten von Kommunisten beschossen zu lassen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Zwei Tote und fünf Schwerverletzte blieben am Platz. 50 Kommunisten wurden

verhaftet. Der Polizeipräsident hat eine Befehlsung von 1000 Mann ausgeföhrt.

In Wuppertal und Duisburg-Hamborn gab es vier Tote. In Breslau wurde ein SA-Jug aus dem Gewerkschaftshaus heraus beschossen. Fünf SA-Leute wurden schwer, einer tödlich verletzt. Die SA befehlt mit der Polizei sofort das Gewerkschaftshaus, in dem elf Sozialdemokraten festgenommen werden konnten. Der Sanitätswagen, mit dem die verwundeten SA-Leute ins Krankenhaus verbracht wurden, stieß mit einer Radfahrerin zusammen, die tödlich verletzt wurde.

Bei einer Durchsuchung nach Waffen in dem Dorf Krappitz bei Oppeln wurde ein Oberlandjäger von drei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt. Einer der Täter konnte verhaftet werden.

Auf Vorstellungen der nationalsozialistischen Stadverordnetenfraktion in Plauen (Sachsen) hat der Oberbürgermeister Dr. Schlotte sein Amt zur Verfügung gestellt. Die Leitung der Polizei übernahm Oberleutnant Franz von SS und Mitgliedern des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde eine Reihe von öffentlichen Gebäuden besetzt, wie die Handelstammer, die Dr. Frankensche Gebäude, die Amtsgerichtshaus, das Landgericht und der Schlachthof. Auch das Gewerkschaftshaus Schillerpark und das Gebäude der Volkszeitung wurden besetzt.

Das Braunschweigische Staatsministerium hat das Tragen von marxistischen Parteizubehör und das Aushängen roter Fahnen mit Abzeichen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei verboten.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird erklärt, daß in Hessen zunächst nur die Polizei, nicht die innere Verwaltung einem Reichskommissar (Dr. Müller) übertragen ist, da die Polizei entsprechend der Einstellung der bisherigen hessischen Regierung eine einseitige, gegen die Rechte feindliche Haltung beobachtet habe. Der Rücktritt der Regierung steht bevor.

Spiegel an der Arbeit

Berlin, 8. März. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Nach Zeitungsmeldungen sollen in Berlin Amerikafarer und andere Ausländer von SA-Männern belästigt worden sein. Es handelt sich um kommunistische Spiegel oder Propagandateure in SA-Uniform, die den Zweck verfolgen, das Ansehen der NSDAP im Ausland zu schädigen. Alle Parteistellen sind angewiesen, ihr besonderes Augenmerk auf diese provokatorischen Elemente zu lenken.

Karl-Liebknecht-Haus der Verfügung des preussischen Staats unterstellt

Berlin, 8. März. Der preussische Minister des Innern teilt mit: Auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 werden die Räume des Karl-Liebknecht-Hauses, der bisherigen Hochburg der KPD, mit dem darin befindlichen Inventar der Verfügungsgewalt des preussischen Staats unterstellt. Die Räume werden mit dem heutigen Tag der politischen Polizei, und zwar ihrer neu gegründeten Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus zur Verfügung gestellt. Die Flaggen der siegreichen nationalen Bewegung werden als Symbol des wieder erstarkten nationalen Geistes des deutschen Volkes heute nachmittags um 5 Uhr auf dem Karl-Liebknecht-Haus gehißt werden.

Zerkleinerungsschriften in einer Leninbüste

Erfurt, 8. März. Bei der Räumung des Erfurter kommunistischen Parteihauses wurden in den Kellern mehrere hunderte Stück kommunistischer Broschüren und Flugblätter beschlagnahmt. Eine größere Zahl von Zerkleinerungsschriften war in einer dreiviertel Meter hohen Lenin-Büste versteckt. In dem Haus war eine Wärmekleinleitung angelegt. Mehrere Personen wurden festgenommen, darunter ein Mann, der, ohne der NSDAP anzugehören, SA-Uniform trug und Straßenpassanten belästigte. In Nordhausen wurde eine kommunistische Geheimdruckerei in einem Keller entdeckt.

SS im Königsberger Gerichtsgebäude

Königsberg, 8. März. Gestern abend 8 Uhr versammelte sich vor dem neuen Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge. Eine Abordnung von etwa 20 SS-Leuten betrat das Gerichtsgebäude, um mit dem Oberstaatsanwalt und dem zuständigen Untersuchungsrichter über die Freilassung des seinerzeit unter dem Verdacht der Mitbeteiligung an den Zw. Henckfellen im August verhafteten Chauffeur Philipp des NSDAP-Vorleiters Koch zu verhandeln. Nach zweifelhafte Verhandlung wurde der Haftbefehl gegen Philipp aufgehoben. Bei seinem Erscheinen auf der Straße wurde Philipp mit „dreifachen Heilrufen“ begrüßt, von SS-Leuten auf die Schultern genommen und unter dem Beifall der Menge zum Auto gebracht, das ihn fortführte.

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:

Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Sa.)

37. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Jede Schicht entfernte ihn mehr von seinem früheren Interessentkreis. Bis allmählich alles, Lehrbücher und schulfache Arbeit, Pädagogik und Methodik, hinter ihm verfiel, als wäre es nur ein flüchtiges Erlebnis gewesen, das keine nachhaltigen Eindrücke hinterlassen hatte.

Er war Bergmann unter Bergleuten geworden.

Sein eigentlicher Beruf hing nur noch als Spitzname an ihm.

Auf dem Gute Schulte-Diechhoven ging alles seinen alten Gang. Das Gut war verhältnismäßig gering belastet gewesen und verzeichnete daher nur einen ganz unbedeutlichen Inflationsgewinn. Dafür war aber auch das beträchtliche Barvermögen, das der alte Bauer hinterlassen hatte, restlos der Inflation zum Opfer gefallen.

Verloren war auch das Spargeld des jungen Bauern. Er mußte mit dem Erlös seiner nur unter bedeutendem Preisnachlaß zu veräußernden Ernte erst einmal das Gut sanieren.

Hannas Muttererbe war ebenfalls aufgezehrt. Das Geld war mühseliger angelegt und hatte eine sehr gute Mitgift dargeföhrt. Jetzt war es hin.

Hanna machte sich nichts daraus. Aber ihren Vater ging der Verlust sehr nahe. Er fürchtete, daß das Gut stark gefährdet werden könnte, nun keine Reserven mehr vorhanden waren.

Barlauseck

Osnabrück, 8. März. Der Regierungspräsident von Osnabrück, Dr. Sonnenstein, hat seinen Austritt aus der Zentrumspartei erklärt. Gerüchweise verlautete, daß Dr. Sonnenstein zur NSDAP übergetreten sei. Die Pressestelle der NSDAP für den Regierungsbezirk Osnabrück teilt dazu aber mit, daß die Aufnahme Dr. Sonnensteins in die NSDAP einmütig abgelehnt worden ist.

Generalfeldmarschall Hartung soll zurücktreten

Darmstadt, 8. März. Gestern abend hat eine Abordnung bei dem Generalintendanten des hessischen Landestheaters, Hartung, vorgeschlagen und legte ihm nahe, wegen der veränderten politischen Lage freiwillig zurückzutreten. Hartung hatte öfters Stücke aufführen lassen, die den scharfen Widerspruch der Rechten hervorriefen.

Vertagung ist Scheitern

Berlin, 8. März. Verschiedentlich hört man in der politischen Besprechung über die Geneser Abrüstungskonferenz die Möglichkeit einer Vertagung der Konferenz erörtern. Ernstlich ist, wie von zuständiger Seite festgestellt wird, etwas Derartiges noch nicht in Frage gezogen worden. Wenn es sich dabei um eine kurzfristige Vertagung über die Osterferien handeln sollte, so wäre dem lediglich technische Bedeutung zu; wenn aber ernstlich an eine Vertagung der ganzen Konferenzarbeiten gedacht werden sollte, so wäre das gleichbedeutend mit einem Scheitern der ganzen Verhandlungen. Eine solche Vertagung ist für Deutschland nicht tragbar und würde dem ganzen Sinn der Abrüstung widersprechen.

Der Deutsche Ostmarkenverein an den Reichskanzler

Berlin, 8. März. Der Deutsche Ostmarkenverein e. V. hat heute nachmittags an den Reichskanzler ein Brieftelegramm gerichtet, in dem er auf das provokatorische Verhalten der Polen hinweist und dem Reichskanzler einmütige Treue und entschlossene Kampfbereitschaft versichert.

Bewährungsfrist für Auslandsjournalisten

Berlin, 8. März. Die böswillige Berichterstattung über innerdeutsche Vorgänge in der Auslandspresse hat die Reichsregierung zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Ein Teil der in Betracht kommenden Verleumdungen hat sich dem Zugriff der Polizei durch Abreise entzogen. Die übrigen geben die Versicherung, daß sie sich künftig der böswilligen Entstellung enthalten wollen. Darauf wurde ihnen eine Bewährungsfrist von zwei Monaten bewilligt.

*

Krise in Oesterreich

Diktatur?

Wien, 8. März. Die Unzufriedenheit mit der Regierung Dollfuß hat zu einer starken Spannung zwischen der Regierung und einem großen Teil des Nationalrats geführt, in deren Auswirkung das ganze Präsidium des Nationalrats zurückgetreten ist; es führt nur die formalen Geschäfte weiter, weigert sich aber, den Nationalrat einzuberufen und Verhandlungen zu leiten. Der Ministerrat erklärt nun in einem Aufruf an das Volk die gesetzgebende Verankerung für handlungsunfähig. Die vom Bundespräsidenten ernannte gelegentliche Regierung sei von der Parlamentskrise nicht berührt und sie werde Sorge tragen, daß Ruhe und Ordnung geschützt werden. Alle Volksgenossen, die Parteien und Zeitungen sollen die Regierung unterstützen. Aufmärsche und Versammlungen werden verboten und durch eine Verordnung eine Handhabe geschaffen, gegen Mißbrauch der Pressefreiheit einzuschreiten.

Die Sozialdemokraten verlangen die Einberufung des Bundesrats, um einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß zu stellen und die Niederlegung gegen die am Streik beteiligten Eisenbahner zu beantragen. Für diese Anträge würden auch die Nationalsozialisten stimmen, sie fänden also eine Mehrheit. Die christlich-sozialen Reichspolitiker deutet an, daß die Regierung „zur Vereinfachung des Parlamentarismus“ möglicherweise zur Diktatur schreiten werde.

Diktatur in Griechenland

Athen, 8. März. Das Zwischenpiel der Militärdiktatur des Generals Plastiras wurde rasch beendet. Nach einem blutigen Straßenkampf hat ein Rat von Politikern unter Vorsitz des Staatspräsidenten Kaimis beschloffen, die Staatsmacht einer diktatorischen Militärregierung unter General Diogenes zu übergeben, bis die Ruhe wiederhergestellt und eine parlamentarische Lösung der Krise ermöglicht sei. Dann soll der Führer der mehr rechtsgerichteten Volkspartei, Tsaldaris, die Regierung übernehmen. Die Koalition

Tsaldaris hat, soweit bis jetzt bekannt ist, bei den Neuwahlen 135 Sitze erlangt, während die bisherige Regierungskoalition (Benifelos) mit 111 Sitzen in der Minderheit blieb.

Gegen Plastiras, der flüchtig ist, ist Haftbefehl erlassen worden.

Tschangschuang legt den Oberbefehl nieder

Peking, 8. März. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte im Norden, Marschall Tschangschuang, ist zurückgetreten. 30 000 Mann seiner Truppen führten bei Kupeikau ein verzweifeltes Rückzugsgesecht und verteidigten dort einen der wichtigsten Pässe nach Nordchina. Der amtliche Titel des Marschalls war „Oberbefehlshaber der nationalen Armee und Oberbefehlshaber der Verteidigungstreitkräfte an der Nordostgrenze“. Der Marschall ist auch Mitglied des Zentralen politischen Rats.

Württemberg

Neubildung der württ. Regierung

Einberufung des Landtags

Stuttgart, 8. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Von dem Wunsch geleitet, durch die schleunige Neubildung der württ. Regierung, die bisherige geordnete Verwaltung dem Land Württemberg zu erhalten, hat das Staatsministerium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Herren Landtagspräsidenten zu ersuchen, den Landtag auf spätestens Dienstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, mit der Tagesordnung: „Neuwahl des Staatspräsidenten“ einzuberufen. Das Staatsministerium hält es angesichts des Ergebnisses der Reichstagswahlen für ein dringendes politisches Gebot, die Neubildung der Regierung mit größter Beschleunigung herbeizuföhren.

Hakenkreuzfahnen auf der Polizei-Kaserne

Heute früh 7 Uhr rückten Leute der SA und der SS zur Moltke-Polizeikaserne und übergaben der dort untergebrachten Schutzpolizei zwei Hakenkreuzfahnen, die von einem Polizeioffizier auf dem mittleren Turm der Kaserne und auf dem Unterturmschloss zur Rechten an der Schwabstraße gehißt wurden. Wie aus von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, waren die Fahnen von der Moltkekaserne selbst gestern abend schon telefonisch angefordert worden. Beim Hisfen der Fahnen wurde von den in der Kaserne aufgestellten Polizeimannschaften ein Hoch auf den Reichspräsidenten und auf Reichskanzler Hitler ausgebracht.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß in der Zeitung der Stuttgarter Polizei keine Änderungen eingetreten seien.

Auch an der Akademie hinter dem Neuen Schloß, in der die Bereitschaftspolizei liegt, wurde heute früh die Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Die SA, SS, und Stahlhelm-Wachen, die zum Schutz ihrer Fahnen in den öffentlichen Gebäuden liegen, sind seit heute früh bewaffnet. Sie tragen Seitenabzeichen, A. T. auch Revolver, und sind mit Stahlhelmen ausgerüstet.

Im Süddeutschen Rundfunk wurde, wie wir erfahren, heute früh den jüdischen Angestellten der Eintritt verweigert und der Aussweis abgenommen. Der Programmleiter Dr. Weier ist auf Anraten nicht erschienen.

Auch in Fellbach wurde gestern abend die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne am Rathaus gehißt. Eine SA-Wache blieb am Rathaus zurück. Auch auf dem Schramberger Rathaus wurde die Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Das Zentrum zur Regierungsumbildung

Stuttgart, 8. März. Das „Deutsche Volksblatt“, das Landesorgan des Zentrums, schreibt u. a.: Die Nationalsozialisten sprechen seit Monaten schon nur von der „geschäftsführenden Regierung Bolz“. Sie sollten wissen, daß eine solche Regierung gar nicht zurücktreten kann. Sie hat nach den gesetzlichen Bestimmungen die Geschäfte solange weiterzuführen, bis eine neue Regierung gebildet ist. Zu diesem Zweck muß der Landtag einberufen werden, der den Staatspräsidenten zu wählen hat. Die Zentrumspartei wird sich nicht dagegen stemmen, wenn die Nationalsozialisten einen ihrer Stärke entsprechenden Anteil an den Regierungsgeschäften verlangen. Die Regierung selber hat kein anderes Interesse, als ihren Amtspflichten bis zur letzten Stunde nachzukommen und das Land vor Erschütterungen zu bewahren. Wohl aus diesen Erwägungen hat die Regierung es auch zugelassen, daß ein Kundgebungszug in die befriedete Bannweide des Landtags einmarschierte. Sie glaubte,

Einem dieser Bewerber sah Schulte-Diechhoven gern kommen: den zweiten Sohn des Großbauern Herbrügge vom Rüttelskamp. Er lud ihn immer wieder ein und verbrachte manchen Abend mit dem sympathischen fünfundzwanzigjährigen Landwirt beim Kartenspiel.

Hanna sah dann gewöhnlich mit einer Handarbeit dabei, hörte die Männer reden von allen landwirtschaftlichen Fragen, dachte an einen, der tief unter der Ackerkrume wirkte, und schlug bei manchem heißen Blick Herbrügges die Augen nieder.

Wenn Herbrügge den Vater nicht antraf, setzte er sich zu Hanna. Sie hatte oft das unangenehme Gefühl, als käme der Vater mit Absicht später, und das machte sie unendföhlich.

Jetzt war Schulte-Diechhoven nach dem Abendessen noch einmal in den Hof gegangen, als Ludger Herbrügge eintrat. „Nu, habt ihr's Heu rein? Morgen gibt's Regen, der Wind schlägt um.“

„Und das wissen Sie so genau?“

„Ach hab mir eben den Wetterbericht im Radio angehört. Die isländische Depression bewegt sich nach Südwesten, so daß wir in ihren Bereich kommen. Gleichzeitig kommt eine skandinavische Depression heran. Und die beiden Depressionen werden an ihrem Treffpunkt Störungen herbeibrufen...“

„Wenn das nicht nur schon geschehen ist! Ich fühle mich bereits ganz deprimiert. Wenn zwei Depressionen gegen einander prallen!“

„Am Ernst! Das Barometer fällt...“

„Dann geht unferes falsch. Drehen Sie doch mal bitte ein bißchen dran.“

„Hanna, hören Sie mal! Warum necken Sie mich eigentlich immer? Oder soll ich daraus schließen: was ich liebt...?“

Fortsetzung folgt.

